

Liebe Anwesende,

Gerade fand hier ein Tanz zum Thema Frauenrechte statt.

Der Tanz macht deutlich, dass gesellschaftlicher Fortschritt nie selbstverständlich ist.

Viele Rechte, die wir heute haben, mussten zuvor erkämpft werden.

Dafür haben Menschen Probleme benannt, miteinander geredet und sich für Veränderungen eingesetzt haben.

Ein wichtiges Grundrecht spielte eine entscheidende Rolle: die Meinungsfreiheit.

Der gesellschaftliche Fortschritt wäre ohne Meinungsfreiheit kaum möglich gewesen.

Dazu gehört, Kritik zu äußern, Ungleichheiten anzusprechen und politische Forderungen öffentlich zu vertreten.

In demokratischen Gesellschaften beginnt Veränderung dort, wo Menschen ihre Stimme erheben und auf Probleme aufmerksam machen.

Deshalb möchte ich heute über die Meinungsfreiheit sprechen.

Über ihre Bedeutung für unsere Demokratie.

Eine demokratische Gesellschaft muss nicht nur die Freiheit schützen.

Eine demokratische Gesellschaft muss auch die Grundlagen für die Freiheit schützen.

Die Meinungsfreiheit gehört zu den zentralen Grundrechten unseres Landes.

Sie ermöglicht politische Gespräche, gesellschaftliche Kritik und den offenen Austausch unterschiedlicher Ansichten.

Sie ist die Voraussetzung dafür, dass Demokratie funktioniert.

Die Meinungsfreiheit schützt auch Meinungen, denen man nicht zustimmt.

In einer freien Gesellschaft müssen nicht alle derselben Meinung sein.

Die unterschiedlichen Meinungen werden friedlich miteinander ausgetauscht.

Es wird die Frage gestellt, wo die Grenzen dieser Freiheit liegen.

Wie soll eine demokratische Gesellschaft damit umgehen, wenn wichtige Werte nicht beachtet werden?

Diese Überlegungen sind nicht neu.

Demokratische Gesellschaften müssen überlegen, wieviel Freiheit Menschen haben dürfen, die selbst nicht an der Freiheit aller Menschen interessiert sind.

Es geht nicht darum, politische Gegner auszuschließen.

Unbequeme Meinungen sollen nicht unterdrückt werden.

Im Gegenteil:

Eine Demokratie muss Widerspruch aushalten können.

Sie muss schwierige Gespräche zulassen.

Sie muss Kritik an Institutionen, Regierungen und gesellschaftlichen Zuständen ermöglichen.

Eine Demokratie hat dort Grenzen, wo grundlegende Prinzipien der demokratischen Ordnung nicht beachtet werden.

An diesem Punkt kommt die Arbeit der Sicherheitsbehörden ins Spiel.

Der Verfassungsschutz hat die Aufgabe zu erkennen, wenn sich Menschen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten.

Dabei geht es nicht um die Bewertung einzelner politischer Meinungen.

Es geht um die Frage, ob Organisationen demokratische Grundrechte einschränken.

Ob Organisationen die Demokratie insgesamt schwächen.

Diese Aufgabe ist schwierig.

Sie verlangt ein hohes Maß an Sorgfalt, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz.

[Transparenz bedeutet, dass alle verstehen können, warum eine Entscheidung getroffen wurde.

Die Entscheidung soll klar erkennbar, verständlich und nachprüfbar sein.]

Es ist wichtig, dass die Prüfungen auf nachvollziehbaren Kriterien beruhen.

Sie dürfen nicht von parteipolitischen Interessen beeinflusst werden.

Wer sich für eine Überprüfung demokratiefeindlicher Pläne ausspricht, fordert keine Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Es geht darum, Meinungsfreiheit für alle Menschen zu schützen.

Es geht darum, die Voraussetzung für die Meinungsfreiheit für alle Menschen zu schützen.

Denn Meinungsfreiheit bedeutet nicht nur, die Freiheit zu sprechen.

Sie bedeutet auch die Freiheit, ohne Angst sprechen zu können.

Es dürfen keine Menschen eingeschüchtert werden.

Es dürfen keine Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder ihrer sexuellen Orientierung angegriffen werden.

Wenn Menschen mit Absicht ausgegrenzt werden, dann ist die Freiheit in der Gesellschaft eingeschränkt.

Wenn Politik einschüchtert, dann ist die Freiheit in der Gesellschaft eingeschränkt.

Wenn Menschen aus Angst vor Anfeindungen schweigen, dann ist die Freiheit in der Gesellschaft eingeschränkt.

Deshalb muss genauer hingeschaut werden.

Sind Aussagen menschenfeindlich?

Werden Menschen abwertet?

Werden demokratische Prinzipien angegriffen?

Dabei geht es nicht um übertriebene Aussagen oder zugespitzte Formulierungen.

Politische Gespräche dürfen gegensätzlich sein.

Politische Gespräche dürfen unbequem sein.

Politische Gespräche dürfen auch emotional geführt werden.

Es ist wichtig, welches Menschenbild dahintersteht.

Alle Menschen sind gleich.

Alle Menschen besitzen die gleiche Würde.

Unabhängig von ihrer Herkunft.

Unabhängig von ihrem Geschlecht.

Unabhängig von ihrem Glauben.

Unabhängig davon, wen sie lieben oder wie sie leben.

Dieses Prinzip bildet die Grundlage unseres Zusammenlebens.

Es ist falsch, wenn Menschen beginnen, andere Menschen als weniger wertvoll darzustellen.

Das betrifft nicht nur den einzelnen Menschen.

Das betrifft auch die demokratische Kultur insgesamt.

Die Demokratie lebt von der Anerkennung gleicher Rechte für alle Menschen.

Sie lebt davon, dass Streit durch Diskussionen und demokratische Verfahren ausgetragen wird.

Sie lebt davon, dass Menschen gleichwertig sind.

Deshalb ist Wachsamkeit notwendig.

Wachsamkeit bedeutet nicht, den anderen Menschen zu misstrauen.

Wachsamkeit bedeutet, demokratische Regeln ernst zu nehmen.

Wachsamkeit bedeutet, darauf zu achten, wenn demokratische Regeln nicht eingehalten werden.

Eine solche Beobachtung ist kein Angriff auf die Demokratie.

Sie ist Ausdruck demokratischer Verantwortung.

Demokratie ist mehr als die Durchführung von Wahlen.

Demokratie besteht aus Institutionen,

unabhängigen Gerichten,

freien Medien,

wissenschaftlicher Freiheit,

Minderheitenschutz

und einer lebendigen Zivilgesellschaft.

All das hilft, dass Macht kontrolliert und die Freiheit aller gesichert werden kann.

Es ist wichtig, nicht nur auf Wahlergebnisse schauen, sondern auch drauf wie alle Menschen an der Demokratie teilnehmen können.

Dazu gehört die Fähigkeit, sachlich miteinander zu diskutieren.

Dazu gehört die Bereitschaft, unterschiedliche Sichtweisen anzuhören.

Dazu gehört die Entschlossenheit, die Menschenwürde und die Grundrechte aller zu verteidigen.

Die Meinungsfreiheit ist kein Widerspruch zu einer wehrhaften Demokratie.

Im Gegenteil.

Meinungsfreiheit ist wichtig.

Sie braucht demokratische Grundlagen.

Um die Meinungsfreiheit zu schützen, müssen die demokratischen Grundlagen geschützt werden.

Eine Gesellschaft, in der Menschen aus Angst schweigen, ist nicht frei.

Eine Gesellschaft, in der einzelne Gruppen ausgegrenzt werden, ist nicht frei.

Eine Gesellschaft, in der demokratische Institutionen ihre Schutzfunktion aufgeben, ist nicht stärker demokratisch, sondern schwächer.

Das Gespräch über die Meinungsfreiheit ist nicht das Gegenteil von demokratischen Werten.

Beides gehört zusammen.

Die Freiheit der Meinung und der Schutz der Demokratie sind keine Gegensätze.

Sie sind voneinander abhängig.

Wir kommen zusammen, nicht weil wir bestimmte Ansichten verbieten wollen.

Wir kommen zusammen, weil wir an die demokratischen Grundrechte glauben.

Weil wir an gleiche Rechte glauben.

Weil wir an die Würde jedes Menschen glauben.

Und weil wir überzeugt sind, dass eine offene Gesellschaft nur bestehen kann, wenn sie ihre eigenen Grundlagen ernst nimmt.

Die Verantwortung dafür liegt nicht allein bei Behörden oder Gerichten.

Die Verantwortung liegt bei uns allen.

In den Gesprächen, die wir führen.

In der Art, wie wir miteinander umgehen.

Wie wir demokratische Werte einzufordern.

Wie wir demokratische Werte selbst leben.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit